

Demokratische Kultur in Lichtenberg

eine aktivierende
Befragung



Fach- und
Netzwerkstelle
Licht-Blicke,
2017

1.... Einleitung	5
2 ...Partnerschaften für Demokratie – Ausgangslage	5
3.... Die aktivierende Befragung	8
4 ... Lichtenberger Zustände	9
4.1 Dimensionen von Diskriminierung im Alltag	
4.2 Ist Lichtenberg ein sicherer Ort?	
5.... Weiterentwicklung von Demokratie im Bezirk.....	13
6 ... Die Partnerschaften für Demokratie	15
6.1 Situationsbeschreibung und Problemfelder	
6.2 Handlungsempfehlungen	
6.3 Einschätzung der Projekte durch Begleitausschussmitglieder	
6.4 Zufriedenheit mit den PFDs aus Sicht der Programmbeteiligten	
7.... Auswertung nach Themenfeldern.....	18
7.1 Jugendarbeit und Sport	
7.2 Arbeit mit Geflüchteten	
7.3 Migrantenorganisationen und Beratungsangebot	
7.4 Jüdische Perspektiven	
7.5 Frauen/LGBTIQ*	
7.6 Stadtteilzentren/Stadtteilarbeit	
Impressum.....	27

1

Einleitung

Was sind die aktuellen Herausforderungen für das Zusammenleben in Lichtenberg und Hohenschönhausen? Wo und wie engagieren sich Bürger_innen vor Ort? Wer beteiligt sich nicht und welche Gründe gibt es dafür? Welche Rolle spielen die Partnerschaften für Demokratie für die Zivilgesellschaft im Bezirk?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurden von September bis Dezember 2016 im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie (PfD) in den Fördergebieten Hohenschönhausen und Lichtenberg Gespräche mit Expert_innen und Engagierten geführt.

Ziel der Befragung war es, richtungsweisende Impulse für die Arbeit der PfDs in den Fördergebieten zu erhalten und breitere Kreise in ihre strategische Ausrichtung einzubeziehen. Die Befragung sollte dabei explizit auch Akteur_innen bzw. Personengruppen adressieren, die bislang nicht an den PfDs beteiligt waren. Ein gewollter Nebeneffekt war insofern, Interesse für die PfDs zu schaffen und zur Teilnahme an ihnen zu motivieren. Zielgruppe waren in erster Linie Multiplikator_innen, ehrenamtlich Aktive und Engagierte sowohl mit als auch ohne Projekterfahrung. Es ging um ihre Perspektive auf den Bezirk und wie sie ihre Interessen im Alltag umsetzen bzw. gerne umsetzen würden. Ebenso spielten Expert_innengespräche mit Hauptamtlichen aus den verschiedensten Bereichen der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit eine wichtige Rolle.

Als Ergebnis liegen uns aufschlussreiche Interviews vor, die uns verschiedenste Perspektiven auf den Bezirk eröffnen und damit ein lebendiges Bild des Alltag in seinen vielfältigen Facetten liefern. So gibt es Wahrnehmungen, die sehr unterschiedlich sind, aber auch viele Überschneidungen, insbesondere auch bezüglich der Benennung problematischer Entwicklungen, die aus unterschiedlichen Sichtweisen erfolgen. Insofern sind wir zuversichtlich, dass die folgenden Seiten viele Anregungen für eine erfolgreiche und in Zukunft breiter aufgestellte Projektarbeit im Rahmen der PfDs beinhalten.

Allen unseren Gesprächspartner_innen, die sich Zeit für unsere Fragen und Interviews genommen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Karsten Holler und Irene Beyer

5

2

Partnerschaften für Demokratie – Ausgangslage

Die 2015 gestarteten Partnerschaften für Demokratie (PfD) verfolgen das Ziel, die demokratische Kultur im Gesamtbezirk Lichtenberg – und damit in den beiden Fördergebieten Lichtenberg und Hohenschönhausen – weiterzuentwickeln. Dafür arbeiten sie entlang einer kommunalen Strategie für Vielfalt, Respekt und Demokratie, die gemeinsam mit Akteur_innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung erstellt wurde. Wesentlicher Pfeiler in der Umsetzung der PfDs sind die Projektförderung und die inhaltlich-strategische Arbeit des Begleitausschusses (BgA) als zentrales Gremium. Die Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke begleitet und koordiniert gemeinsam mit dem Jugendamt als federführendem Amt die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie.

Bereits seit 2007 beteiligt sich der Bezirk Lichtenberg an den Bundesprogrammen, um Demokratieförderung und Prävention von extrem rechten Erscheinungsformen im Bezirk zu stärken. In den mittlerweile 10 Jahren haben sich wesentliche Instrumente herausgebildet:

- Der Aktionsfonds, um Kleinstprojekte von engagierten Bürger_innen, Einrichtungen und Initiativen fördern zu können.
- Der Begleitausschuss als zentrales Entscheidungs- und Umsetzungsgremium, in dem zentrale Akteur_innen aus den verschiedenen Bereichen vertreten sind.

- Der Jugendfonds, im Rahmen dessen von und für Jugendliche Projekte mit pädagogischer Begleitung durch Fachkräfte umgesetzt werden.
- Die Förderung und Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement in Bündnissen und Initiativen gegen Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte.
- Die Fach- und Netzwerkstelle als fachliche Begleitung der Prozesse und als Erstansprechpartnerin für die Themenbereiche des Bundesprogramms.
- Die jährliche Evaluation der Arbeit durch Zukunftswerkstätten, Überprüfung der Handlungsziele mit dem Begleitausschuss, regelmäßige Steuerungsrounds mit der zuständigen Bezirksstadträtin, Konferenzen, Projektberichten etc..

Der Begleitausschuss formuliert zu Beginn jedes Förderjahres Handlungsziele für das jeweilige Fördergebiet. Mit den Aktions- und Jugendfonds sowie mit größeren aus den Begleitausschüssen heraus entwickelten Projekten sollen diese umgesetzt werden. Dem voraus geht eine gemeinsame Strategieentwicklung im Rahmen von Zukunftswerkstätten und Demokratiekonferenzen sowie eine Evaluation zum Abschluss der Förderphase. In diese Prozesse sind nicht nur unmittelbar an den PfdDs beteiligte Akteur_innen einbezogen, sondern auch im Themenfeld engagierte Organisationen, Einrichtungen und Einzelpersonen sowie Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung. In der Evaluation haben sich einige Themen wiederholt als drängend herausgestellt, die zum Ausgangspunkt unserer aktivierenden Befragung wurden.

Mit Blick auf die vergangenen Förderjahre lässt sich sagen, dass das Spektrum der gestellten Projektanträge die in den jeweiligen PfdDs formulierten Handlungsziele nicht voll umfänglich widerspiegelt. Es wurden keine oder nur vereinzelt Projektanträge in Bezug auf bestimmte Handlungsziele gestellt. Das betraf in Hohenschönhausen das Handlungsziel „Empowerment von Migrant_innen“, zu welchem noch nie ein Projektvorschlag eingereicht wurde. Zum Ziel „Gelebte Vielfalt und unterschiedliche Lebensentwürfe“ wurde bislang einzig der Film „Transsanders in der Platte“ gefördert. In Lichtenberg waren die Handlungsziele „Empowerment von Betroffenen von Diskriminierung“ und „Aktion im öffentlichen Raum gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ betroffen; bei Letzterem wäre eine mögliche Erklärung, dass die sichtbare Positionierung im öffentlichen Raum eine Hürde darstellt, die für potentielle Akteur_innen schwer zu nehmen ist. Daraus ergab sich für uns die Frage:

Was benötigen Akteur_innen, um in diesen Feldern aktiv zu werden?

Die meisten Projekte haben sich mit dem Thema Begegnung und Willkommenskultur beschäftigt. Darin spiegeln sich die aktuellen Debatten um Integration und Migration sowie das gestiegene Engagement von Bürger_innen im Rahmen von Willkommensinitiativen und ähnlichen Initiativen wider – somit stellen die Projekte eine Reaktion auf die lokale gesellschaftliche Entwicklung dar. Dennoch ist anzumerken, dass viele Begegnungsprojekte in der Art ihrer Anlage und Durchführung zumeist wenig nachhaltig sind: Die Begegnung blieb oftmals oberflächlich und punktuell. Das hinterlässt sowohl bei den Akteur_innen selbst als auch bei den Begleitausschüssen Unzufriedenheit. Deswegen haben wir uns auch gefragt:

Wie können Begegnungsprojekte an Nachhaltigkeit gewinnen? Welche Schwerpunkte sollen innerhalb der PfdD gesetzt werden? In Lichtenberg leben von insgesamt 275.142 Einwohner_innen knapp 20% Menschen mit Migrationshintergrund. Migrantische Communities und Migrant_innenselbstorganisationen sind in den PfdDs bisher aber sehr wenig vertreten, dabei sind sie diejenigen, die von Rassismus, Diskriminierung und Benachteiligung betroffen sind. Viele Projekte wenden sich zwar an Migrant_innen als Zielgruppe, als Aktive, z.B. als Antragsstellende, treten sie aber kaum auf. Diesbezüglich stellt sich die Frage:

Wie kann hier eine Beteiligung ermöglicht werden und wie lassen sich ausschließende Strukturen aufbrechen?

In Hohenschönhausen gibt es keine, in Lichtenberg nur einen einzigen Ort, der sich direkt an LGBTIQ*¹ wendet. Geschlechtlich vielfältige Lebensweisen sind in Lichtenberg kaum sichtbar und es gibt keine Infrastruktur für Menschen, die sich als LGBTIQ* verstehen. Dem Lichtenberger Register wurden 2015 ein, im ersten Halbjahr 2016 kein Vorfall hinsichtlich von Diskriminierung, Bedrohungen oder Angriffen gemeldet. Das spricht jedoch weniger dafür, dass solche Übergriffe nicht vorkommen, sondern könnte eher ein Hinweis sein, dass diese Gruppe sich nicht an lokale Strukturen wendet, weil sie sich dort nicht repräsentiert fühlt. In Rahmen der PfdD ist die Sensibilisierung hinsichtlich der Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten punktuell ein Thema, allerdings gibt es bis auf eine Ausnahme keine sichtbaren Akteur_innen,

¹ LGBTIQ* ist eine (englische) Sammelbezeichnung für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender/transsexuelle, intersexuelle und queere Personen (Englisch: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/Transsexual, Intersex, Queer/Questioning)

die sich in Lichtenberg positionieren, sodass uns folgende Frage drängend erscheint:

Wie kann eine Stärkung jener Positionen aussehen?

Gruppen, die von Diskriminierung und Marginalisierung betroffen sind, sind generell in Lichtenberg wenig sichtbar und treten wenig als eigenständige Akteur_innen auf. Dies gilt für ganz unterschiedliche Gruppen wie beispielsweise Menschen mit Behinderungen oder auch Menschen jüdischen Glaubens – gemeinsam ist ihnen die mangelnde Sichtbarkeit und Präsenz. Diesbezüglich fragen wir uns:

Wie können die Positionen von Menschen, die Diskriminierung erfahren, präsenter werden und welche Art von Projekten sind dafür notwendig?

Darüber hinaus stellen sich nach insgesamt fast zehn Jahren Demokratieförderprogrammen in Lichtenberg und fast sechs Jahren in Hohenschönhausen einige Querschnittfragen zu den bisherigen Strategien und Zielen:

Was sind aus Sicht der verschiedenen Akteur_innen im Bezirk die brennendsten und vordringlichsten Themen, um die demokratische Kultur im Bezirk zu stärken und (extrem) rechte bzw. allgemein diskriminierende Haltungen und Handlungen zurückzudrängen?

Welche gesellschaftspolitischen Visionen haben die Akteur_innen für Lichtenberg und Hohenschönhausen?

Was verstehen sie eigentlich unter Demokratie und inwiefern sind sie offen für vielfältige Lebensentwürfe?

Welche Methoden sollten die PFDs dafür zum Einsatz bringen? Sind möglicherweise „klassische“ Formen der politischen Bildung für die kommenden Jahre wichtiger als weitere Vernetzungsförderung?

Was benötigen die bislang nicht an den PFDs Beteiligten – auch aus den bereits vertretenen gesellschaftlichen Gruppen – für ihre Beteiligung? Welche Formen von Beteiligung sind für sie denkbar und wünschenswert?

Neben der Auswertung der Anträge und der umgesetzten Projekte in den vergangenen Jahren waren gegenwärtige gesellschaftliche Rahmenbedingungen die Grundlage für die Entwicklung weiterer Fragen, so z.B. die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016, welche eine neue politische Situation im Stadtbezirk wie auch in Berlin gesamt zur Folge hatte. Diesbezüglich wollten wir wissen:

Was bedeutet der Einzug der AfD in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Abgeordnetenhaus für die Arbeit vor Ort? Greifen die bisherigen Handlungsstrategien noch oder müssen neue entwickelt werden? Wenn ja, was ist aus Sicht der Akteur_innen wesentlich?

Des Weiteren spielen Geschlechterfragen in der Wahrnehmung von Akteur_innen der Zivilgesellschaft laut einer Befragung der Koordinierungsstelle aus dem Jahr 2010 eine wichtige Rolle. Als Stichworte fielen hier: Traditionelle Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder, Rollenverständnisse, Einschränkungen für Frauen – allerdings spiegelt sich diese umfassende gesellschaftliche Thematik kaum in den Anträgen und dem Handeln der PFDs bzw. der damaligen Lokalen Aktionspläne wider. Daher stellt sich die Frage:

Inwiefern sind Geschlechterfragen für die Demokratieentwicklung ein wichtiges Thema? Welche Unterstützung wird bei der Umsetzung benötigt?

3

Die aktivierende Befragung

Der aus den Bezirken Hohenschönhausen und Lichtenberg 2001 entstandene Großbezirk Lichtenberg ist mit heute über 280.000 Einwohner_innen einer kleineren Großstadt ebenbürtig. Der Bezirk unterteilt sich in 10 Ortsteile und schon bei oberflächlicher Betrachtung fällt seine starke bauliche und sozialräumliche Segmentierung ins Auge. Neben Luxuswohnlagen mit Wasserblick in der Rummelsburger Bucht, weiträumigen Plattenbausiedlungen der verschiedenen Bauphasen der ehemaligen DDR im gesamten Bezirk, Einfamilienhäusern in Karlshorst sowie zweigeschossigen Stadtvillen existieren teilweise auch noch Dorfstrukturen – z.B. in Wartenberg –; des Weiteren lassen sich klassische Berliner Mietshäuser finden, vor allem im Victoria- und Weitlingkiez. Der Gedanke, dass die darin lebenden Menschen eine ähnliche Heterogenität aufweisen – zumal der Bezirk in Innenstadtnähe einer Millionenmetropole und der Hauptstadt dieses Landes liegt – mag da nahe liegen.

Nach Herkunft aufgeschlüsselt zeigt eine Statistik² folgende Zusammensetzung der Bevölkerung:

Bevölkerung nach Herkunftsländern

Gesamtbevölkerung	100% (275.142)
Menschen mit Migrationshintergrund (Gesamt)	19,9% (54.832)
Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion	5,6% (15,437)
Menschen aus Vietnam	2,7 % (7,293)
Menschen aus der EU (vor allem Polen, Bulgarien, Rumänien)	5,1 % (14,130)
Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien	1,6% (4,404)

Die Bevölkerungszusammensetzung ist im Berliner Vergleich damit erstaunlich homogen und lässt erahnen, wie stark auch in Berlin die historischen Ost-West-Gegensätze bis heute in den Bezirken spürbar sind. Zur Realität gehört aber auch, dass der Bezirk von 2011 bis 2015 bereits um über 20.000 Einwohner_innen gewachsen ist und seit dem Sommer 2015 sehr viele Geflüchtete dort untergebracht wurden. Für Juni 2016 weist die offizielle Statistik bereits 280.721 Einwohner_innen aus und der Bezirk wird weiter wachsen. Auch machen sich durch Aufwertung bedingte Verdrängungseffekte aus den Innenstadtlagen seit einigen Jahren bemerkbar, es ist also anzunehmen, dass sich auch die Zusammensetzung in den von einkommensschwächeren sozialen Milieus bewohnten Kiezen des Bezirks in der jüngsten Zeit verändert hat – und sich weiter verändern wird.

Der Bezirk weist aber auch eine starke innere soziale Segmentierung auf. So ist in Lichtenberg Süd mit 28% der Anteil an Migrant_innen am höchsten, während er in Karlshorst eher niedrig ist. Und auch bezüglich der Einkommenslagen fallen die verschiedenen Ortsteile weit auseinander.

Durch die Interviews mit den Gesprächspartner_innen aus verschiedenen Bereichen sollte auch die starke soziale Segmentierung und die sich entwickelnde Diversität der Bewohner_innen des Bezirks aufgegriffen werden.

Insgesamt wurden im Herbst 2016 34 leitfadengestützte Interviews mit 39 verschiedenen haupt- oder ehrenamtlich Aktiven geführt. Die Interviewpartner_innen kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen: Z.B. Verwaltungsmitarbeiter_innen und Kulturschaffende, kirchlich Engagierte, aktive Menschen aus den Willkommensinitiativen, jüngere und ältere Menschen, die jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema blicken. Viele haben praktische Erfahrungen bei der Durchführung oder Begleitung von Projekten im Rahmen der PfdS oder der Vorgängerprogramme gemacht, sind oder waren in den beiden Begleitausschüssen in Lichtenberg und Hohenschönhausen aktiv oder kennen zumindest das Programm.

Die Interviews lassen sich in acht Themenfelder einordnen, die in der Auswertung einzeln dargestellt werden. Insgesamt wurden 39 Personen aus 30 Institutionen befragt³:

2 Quelle: Integrationskonzept der Integrationsbeauftragten (2016) <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/eckpunkte-fuer-ein-integrationskonzept-des-bezirks-lichtenberg.pdf> (06.10.2017)

3 Die Differenz zwischen der Zahl der interviewten Personen und der Institutionen bzw. Initiativen ergibt sich daraus, dass wir auf Wunsch teilweise Gruppeninterviews geführt haben, sich also aus einigen Einrichtungen mehr als eine Person äußern wollte.

Bereich	Anzahl Personen	Anzahl Institutionen/Initiativen	BGA
Bündnisse + Initiativen/Projekte	2	2	1
Frauen/Gender/Queer	4	2	nein
Flüchtlingssolidarische Arbeit	4	3	nein
Arbeit mit Jugendlichen/Kindern	7	5	2
Jüdische Perspektive	4		nein
Migrantenorganisationen Einrichtungen, Zentren	6	6	3
Stadtteilarbeit/Stadtteilzentren	7	7	6
Sport	1	1	nein
Schlüsselpersonen	2	2	2
Sonstige (Museum, Kirche)	2	2	nein

Bevor die Auswertung nach Themenfeldern (vgl. 7.) erfolgt, sollen zunächst einige zentrale, themenfeldübergreifende Ergebnisse gesondert dargestellt werden. Diese beziehen sich auf die Einschätzung der Befragten zur Diskriminierung im Alltag und auf die damit verbundenen Frage, ob Lichtenberg ein sicherer Ort sei (vgl. 4.1 und 4.2) sowie auf die mögliche Weiterentwicklung von Demokratie im Bezirk (Vgl.5.) und auf die Partnerschaften für Demokratie (vgl. 6).

4

Lichtenberger Zustände

Zum Einstieg in die Interviews wurden die Gesprächspartner_innen gefragt, wie sie die Situation in Bezug auf Diskriminierungen in ihrem Alltag im Stadtteil wahrnehmen. Dazu wurde nach der Situation von Geflüchteten, Menschen mit Migrationshintergrund sowie jüdischen und muslimischen Menschen gefragt. Außerdem wurde um eine Einschätzung der Situation von Frauen und Menschen aus der LGBTIQ*-Community sowie von Menschen mit Behinderung als auch armen Menschen gebeten. Zudem sollten die Interviewten Angaben zur Sicherheit für diese Personengruppen im Stadtteil machen.

Die Befragten sollten zunächst auf einer Skala einschätzen, wie hoch das Ausmaß an Diskriminierung im Bezirk ist, bzw. wie sicher Lichtenberg für bestimmte Personengruppen ist (Tabelle I und Tabelle II). Anschließend baten wir um eine ausführlichere Einschätzung und Beschreibung der Wahrnehmungen. Dabei ging es explizit um die subjektiven Wahrnehmungen aus dem beruflichen und privaten Alltag und nicht um allgemeines Wissen z.B. aus Medienberichten. Diesbezüglich war auffällig, dass unter den Befragten, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, das Ausmaß von Diskriminierung zumeist realistischer und damit höher eingeschätzt wurde als von anderen Befragten. Dies liegt nach unserer Einschätzung darin begründet, dass Betroffene aufgrund von Sensibilisierung und eigenen Erfahrungen meist eine adäquatere Vorstellung von Diskriminierung im Alltag haben. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass unsere Interviewpartner_innen zwar vielfältig positioniert waren, es unter ihnen jedoch keine Menschen muslimischen Glaubens, Geflüchtete und Menschen mit Behinderungen gab.

4.1 Dimensionen von Diskriminierung im Alltag

Die Einschätzungen der Befragten variierten je nach der lokalen Verortung im Stadtteil, wie auch nach unterschiedlichen subjektiven Sichtweisen und Zugängen durch die verschiedenen Lebens- und Berufsrealitäten. Folgende gemeinsame Punkte lassen sich festhalten:

Diskriminierung und Sichtbarkeit

- Nach Einschätzung der Befragten sind Geflüchtete am stärksten von Diskriminierung betroffen; diese reiche bis zu offenen Bedrohungen.
- Vietnames_innen und Russlanddeutsche wurden mehrheitlich als gut integriert und akzeptiert eingestuft. Die Aussagen aus der jeweiligen Community selbst widersprachen diesen Einschätzungen allerdings stark, vielmehr wird viel Diskriminierung im Alltag wahrgenommen. Betroffene berichten, dass sie häufig als kriminell oder als mafiös stigmatisiert werden.
- Das Ausmaß von Diskriminierung wurde in einen direkten Zusammenhang mit der Sichtbarkeit der abgefragten Gruppe gestellt: Vermeintlich unsichtbare Jüd_innen oder LGBTIQ* wurden als wenig wahrnehmbar und infolge auch weniger diskriminiert eingestuft; Frauen mit Kopftuch hingegen wurden als stark diskriminiert eingeschätzt.
- In Bezug auf jüdische Menschen wurde festgestellt, dass diese im Bezirk durchaus wohnen würden, aber kein sehr offenes und sichtbares jüdisches Leben existiere; eine stärkere Diskriminierung bei höherer Sichtbarkeit wurde von mehreren als Gefahr benannt.
- Teils gab es auch gegensätzliche Einschätzungen: Während einige Interviewte beispielsweise sagten, dass muslimische Menschen durchaus sichtbar seien, verneinten das andere. Begründen lässt sich dies nach unserer Einschätzung zum einen durch unterschiedliche Wahrnehmungen: Wer wird als muslimisch eingestuft und wer nicht? Zudem zeigt sich gerade bei Geflüchteten, dass sie durch die Sammelunterkünfte im Bezirk sehr unterschiedlich verteilt sind und daher an einigen Orten verstärkt wahrgenommen werden.
- Lichtenberg-Mitte wurde als ein Ort benannt, an dem es eine wesentlich höhere Sichtbarkeit von migrantischen Menschen im Alltag gibt, im Gegensatz zum Norden des Bezirks.
- Obwohl in Hohenschönhausen mehrere große Unterkünfte für Geflüchtete errichtet wurden, wird die Sichtbarkeit von Migrant_innen in Lichtenberg höher eingeschätzt. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass sich in Hohenschönhausen die Wahrnehmung nur langsam ändert, da viele Geflüchtete erst in den letzten 2 Jahren dort hingezogen sind.
- Im Bereich der Jugendarbeit äußerten sämtliche Interviewte, dass diskriminierende Äußerungen gegenüber LGBTIQ*, Jüd_innen und etwas seltener gegenüber Menschen mit Behinderungen zur Alltagssprache gehören würden.
- Abwertende Reaktionen und Blicke nahmen viele Befragte im öffentlichen Raum besonders gegenüber migrantischen kinderreichen Familien wahr.

Segregation

- Räumliche Segregation wurde als einer der Auslöser von Abwertungen und Ausgrenzung benannt.
- Wohnblöcke, in denen eine bestimmte Community vermeintlich stark vertreten ist, würden, so die Interviewten, auch dementsprechend bezeichnet, d. h. mit einhergehenden Pauschalisierungen.
- In Bezug auf Geflüchtete wurde kritisiert, dass die Sammelunterbringung viel zur Stigmatisierung und Ausgrenzung der Geflüchteten beitrage.
- Viele Befragte hoffen auf eine gewissen Beruhigung in der Debatte um Unterkünfte, wenn die Bauphase abgeschlossen und die Geflüchteten eingezogen sind. Sie befürchten jedoch, dass diese Normalisierung eher von einem Nebeneinanderher als von einem Miteinander in der Nachbarschaft geprägt sein wird.

Öffentlicher Raum

- Als Orte von Diskriminierungserfahrungen wurden vor allem Bahnhöfe und der öffentliche Nahverkehr benannt – als die wenigen Orte in Lichtenberg an denen regelmäßig viele Menschen aufeinandertreffen. An diesen würden vor allem verbale Übergriffe zum Alltag gehören.
- Die potentiell von Diskriminierung Betroffenen reagieren laut Aussage der Interviewten darauf, indem sie zunehmend den öffentlichen Nahverkehr bzw. Verkehrsknotenpunkte meiden.

Barrierefreiheit

- Positiv wurde von vielen Befragten im Bezirksalltag eine sichtbare Hilfsbereitschaft und Alltagssolidarität wahrgenommen. Erwähnt wurde jedoch auch das Vorherrschen einer Ellenbogenmentalität, hauptsächlich in öffentlichen Verkehrsmitteln im Hauptberufsverkehr.

- In Bezug auf Menschen mit Behinderungen wurde mangelnde Barrierefreiheit im Bezirk und im ÖPNV als ein Ausdruck struktureller Diskriminierung genannt.

Armut

- Armut wurde von den Befragten zum größten Teil auf Nachfrage mit sichtbarer Obdachlosigkeit identifiziert – die vor allem in Hohenschönhausen wenig präsent sei. Diesen Umstand erklärten sich die Interviewten daraus, dass Einkommensarmut in weiten Teilen des Bezirks zur Lebensrealität vieler gehöre und somit die Diskriminierung in Bezug auf Armut weniger wahrnehmbar sei.
- Viele Befragte nehmen im erweiterten Umfeld starke Vorbehalte gegenüber Geflüchteten wahr oder berichteten von einer mehr oder weniger stark ausgeprägten „Neiddebatte“: Das Thema Geflüchtete sei medial stark präsent, die sozialen Probleme von anderen prekär lebenden Menschen fänden hingegen weniger Beachtung.
- Als jugendspezifisches Phänomen wurde vor allem aus dem Jugendarbeitsbereich die Abgrenzung gegen noch Ärmere, ein „Nach-Unten-Treten“ als Kompensation und „Weitergeben“ eigener Diskriminierungserfahrungen geschildert.

Tab. I – Ausmaß der Diskriminierung (1=gering, 10=sehr stark)

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k.A.
Geflüchtete		2	1	3	4	4	6	2			17
LGBTIQ*		4	2	1	3	2	5	2			19
Muslime				3	3	1	3	1	1		27
Jüd_innen	1	2	4	2	1						29
Mig. Hintergrund		3	7		3	1	1				24
Arme Menschen	1	6	5	2	2	4					19
Menschen mit Behinderungen	1	3	6	2	4						23
Frauen	1	3	4	1		4	1	1		1	23

4.2 Ist Lichtenberg ein sicherer Ort?

Generell fielen die Aussagen zu Sicherheit und Übergriffen wesentlich kürzer aus als die Schilderungen diskriminierender Alltagssituationen.

Eine übergroße Mehrheit der Befragten nannte immer wieder den Bahnhof Lichtenberg als potenziell gefährlichen Ort – für bestimmte Gruppen. Auch allgemein wurden öffentliche Verkehrsmittel, vor allem auch die Straßenbahnen als Übergriffs- bzw. unsichere Orte in den Abendstunden genannt. Insbesondere unter Jugendlichen und jungen Männern wurde in den Abendstunden Konfliktpotential ausgemacht. Da Lichtenberg als Schlafstadt charakterisiert wurde, ist dies naheliegend, da sich im ÖPNV die meisten Menschen begegnen, während abendliche Hotspots, wie beispielsweise eine Ausgehmeile ähnlich der Warschauer Straße, im Bezirk schlicht nicht existieren.

Übereinstimmend wurde von den meisten Befragten Karlshorst als eher sicher eingeschätzt. Hohenschönhausen-Süd und Hohenschönhausen-Nord bekamen die meisten Nennungen als unsichere Viertel. Die Einschätzungen zum Weitlingkiez als ehemaligem Kulminationspunkt aktiver Neonazistrukturen gingen weit auseinander. Teilweise wurde die Situation gegenüber den 1990er und 2000er Jahren als weitgehend beruhigt beschrieben, andererseits kamen auch gerade von Angehörigen betroffener Communities oder Menschen, die im Stadtteil aktiv sind, Hinweise auf bedrohliche Situationen für diejenigen, die nicht in das Weltbild von

(extrem) Rechten passen. Für Geflüchtete wurde speziell die Umgebung rund um die Flüchtlingsunterkünfte als potenziell gefährlich bzw. bedrohlich eingestuft. Viele berichteten von Gesprächen mit Geflüchteten, die nach Einbruch der Dunkelheit die Unterkünfte nicht verlassen oder sich nur in großen Gruppen bewegen. Dabei betonten viele Befragte, dass sie zum allergrößten Teil eher verbale bzw. nonverbale Abwertungshaltungen als direkte Übergriffe wahrnehmen oder geschildert bekommen.

Die Bedrohungslage für Frauen wurde als vergleichsweise niedrig wahrgenommen. Allerdings wurde mit der Charakterisierung als Schlafstadt auch betont, dass insgesamt der öffentliche Raum wenig belebt sei und nur wenige Menschen nachts zu Fuß auf den Straßen unterwegs wären. Auf der anderen Seite gäbe es im Falle eines Übergriffs aber auch wenig Chance auf Hilfe, da viele Teile des Bezirks dunkel und verlassen seien und somit einen Angsttraum darstellten. Trotzdem äußerten wenige befragte Frauen ein Gefühl von Bedrohung.

Tab. II – Einschätzung der Gefahr körperlicher Übergriffe auf bestimmte Personengruppen (1=keine Gefahr, 10= maximale Gefahr)

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k.A.
Geflüchtete	2	1	4	1	3	2	4	3		1	18
LGBTIQ*	1	2	2	4	1	5	1	2		1	20
Muslime	1	1	1	3	2	1		5			25
Jüd_innen	1	4	5	2				1			26
Mig. Hintergrund	2	3	5	2	1	2		1			23
Arme Menschen	2	7	1		2	1	1	4		1	20
Menschen mit Behinderungen	2	10	2	1		1		1			22
Frauen	5	2	3	2	3	1		3			20

5

Weiterentwicklung von demokratischer Kultur

Die Befragten wurden zudem darum gebeten, den gegenwärtigen Zustand und insbesondere die Perspektiven einer Weiterentwicklung demokratischer Kultur in Lichtenberg einzuschätzen. Folgende Ergebnisse lassen sich zusammenfassen:

Ziele und Visionen in Bezug auf die Weiterentwicklung demokratischer Kultur in den jeweiligen Stadtteilen

- Demokratischer Austausch und Begegnung zwischen allen Bevölkerungsgruppen sollte auf verschiedensten Ebenen möglich sein.
- Gelebte Vielfalt im gesamten Stadtteil auf allen Ebenen soll sichtbar werden.
- Mehr Menschen sollten aktiv angesprochen und dafür gewonnen werden, sich zu engagieren und zu beteiligen.
- Die Infrastruktur, d.h. Kitas, Schulen, Wohnraum und soziokulturelle Einrichtungen, sollte an die wachsende Anzahl von Bewohner_innen angepasst werden.

Handlungsbedarfe

- Laut den Befragten gibt es regional unterschiedlich intensiv ausgeprägte rassistische Ressentiments und Vorbehalte gegen Geflüchtete, die ein Gegensteuern erfordern.
- Von Willkommenskultur zu gleichberechtigter Teilhabe und Partizipation: Der Bezirk steht nun, so die Befragten, vor der immensen Aufgabe, Geflüchtete zu integrieren.
- Demokratische Kultur muss gestärkt werden: Von vielen Gesprächspartner_innen wurde fehlende Offenheit und eine teilweise mangelhafte Diskussionskultur beklagt.
- Die relativ hohen Wahlergebnisse für die AfD werden als ein Problem gesehen, weil dadurch die Entwicklung von Vielfalt im Bezirk verhindert werden würde. Nach Einschätzung der Interviewten könnte die Wahl dazu führen, dass viele Menschen den Bezirk erst recht meiden. Es bestehe zudem die Gefahr, dass sich der negative Ruf des Bezirks als rechte Hochburg verfestigen würde. Gerade für Menschen, die häufig Diskriminierungserfahrungen machen, würde der Bezirk als Wohnort deutlich unattraktiver – so die geteilte Befürchtung der Befragten.
- An den vorhandenen aktiven Strukturen der Partizipation sollten mehr Menschen beteiligt werden, denn zu viele gesellschaftliche Gruppen fehlten oder seien nur mit sich selbst vernetzt. Die Befragten gehen davon aus, dass dies häufig an mangelnden Zeitressourcen liegt. Ein überfordernder Alltag erschwere oder verhindere Engagement, Partizipation und Mitgestaltung. Daraus lässt sich schließen, dass die Gestaltung der Partizipationsmöglichkeiten nicht an den Alltag vieler Menschen anknüpft und evtl. deswegen Desinteresse und Entfremdung von politischen Diskussionen und Prozessen entstehen.
- Das Fehlen einer soziokulturellen Infrastruktur wird als ein wesentlicher Grund dafür benannt, dass eine vielfältige und engagierte Kultur kaum anzutreffen ist: „Lichtenberg ist eine Schlafstadt“. Es gebe ein eklatantes Missverhältnis zwischen den zahlreichen kommerziellen Einkaufszentren einerseits und einer sehr kleinen vielfältigen Struktur an kulturellen/alternativen Räumen aller Art. Jugendliche und junge Erwachsene benötigen laut den Befragten eine spezielle soziokulturelle Infrastruktur, die in einigen Regionen (als Beispiel wurde Karlshorst genannt) fehlen würde. Insbesondere junge Muslime würden aufgrund eines fehlenden Angebots ihre Freizeit in Neukölln verbringen, da sie dort eine für sie ansprechendere Infrastruktur vorfinden.
- Das Gleiche wird für jüdische Menschen und die LGBTIQ*-Community konstatiert: Es mangle an Treffpunkten und Orten zum Austausch und zur Sichtbarmachung der jeweiligen Gruppen.

Die größten Schwächen

- Im Bezirk sei wenig Vielfalt sichtbar und aus der mangelnden Offenheit für ein Miteinander folge Isolation statt Begegnung. Fehlende Offenheit führe dazu, dass marginalisierte Gruppen noch unsichtbarer werden würden.
- Partizipationsstrukturen wurden zum Teil als pro forma wahrgenommen; Bürger_innen würden zum Mitreden eingeladen, aber es folge nichts Sichtbares daraus. Solche Erfah-

rungen würden Frust erzeugen und seien eher demokratieschädlich.

- Trotz aller in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke und Strukturen ist nach Aussagen der Befragten noch mehr Arbeit gegen antidemokratische und diskriminierende Haltungen notwendig.
- Prekäre Bedingungen in der Jugendsozialarbeit wurden als ein großes Problem benannt.
- Stärken, an die angeknüpft werden kann: Die Befragten erwähnten die in den letzten Jahren entwickelten guten Vernetzungsstrukturen.
- Es gebe viele Engagierte und Ehrenamtliche und genug Partizipationsmöglichkeiten.
- Lichtenberg gilt vielen der Interviewten als Vorreiter in Sachen Partizipation. Vorhandene Strukturen wie Bürgerhaushalt, Kiezfonds und Stadtteilzentren wurden als wichtige Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung von Demokratie und Vielfalt benannt.
- Auch die Bevölkerungsentwicklung wurde durchaus positiv gesehen: Es zögen viele junge Familien zu und der Bezirk würde teilweise auch für ein jüngeres Klientel attraktiv werden, welches bisher in den Bezirken innerhalb des S-Bahnringes gewohnt hätte.
- Der Zuzug von Geflüchteten und die damit verbundene Diversifizierung der Stadtteile werden positiv gesehen. Als positives Beispiel für Sichtbarkeit und Integration der seit vielen Jahrzehnten hier lebenden vietnamesischen Community wurde das Don Xuan Center angeführt.

Handlungsschritte und konkrete Vorschläge

Partizipation ausbauen und neu gestalten

- Laut den Befragten wird ein umfassend funktionierendes Partizipationskonzept für Lichtenberg benötigt, um Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen.
- Eine kreative und niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit und Ansprache müsse entwickelt werden, damit mehr Menschen in partizipative Prozesse einbezogen werden könnten. Die Interviewten halten die Entwicklung neuer Formen von Partizipation für notwendig; bisherige Konzepte wie die Bürgerjury müssten ausgebaut und weiterentwickelt werden.
- Entscheidungsprozesse und Strukturen zur Mitbestimmung sollten mit mehr Geld ausgestattet werden.
- Für die Menschen im Stadtteil, die eher isoliert leben, wären attraktive und motivierende Projekte wichtig. Als Beispiel wurden Theaterprojekte für Menschen, die langzeitarbeitslos sind, benannt.

Öffentlichkeit herstellen

- Die öffentlich sichtbare Auseinandersetzung mit Diskriminierung und ausgrenzenden Strukturen wird von den Befragten als elementar wichtig gesehen, damit Lichtenberg sich weiter als offener, toleranter, diverser und demokratischer Bezirk entwickelt und auch so wahrgenommen wird.
- Eine öffentlichkeitswirksame politische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Inhalten wird von vielen als notwendig betrachtet sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, wie mit rechtspopulistischen Parolen und Interventionen umgegangen werden soll.
- Die Vielfalt von Menschen und Lebensweisen in Lichtenberg muss nach Meinung der Befragten sichtbar werden: Durch spezifische Angebote, wie zum Beispiel der Förderung von räumlicher Infrastruktur für bestimmte Gruppen.
- Mehr soziokulturelle Infrastruktur
- Vor allem würde ein Ausbau der soziokulturellen Infrastruktur in Hohenschönhausen-Nord benötigt. So könnten Begegnungsmöglichkeiten mit nachhaltiger Wirkung im Alltag entstehen.
- Eine soziokulturelle Infrastruktur wird als Voraussetzung gesehen, um in den Kiezen eine Öffentlichkeit für verschiedene Themen herzustellen. Ebenso könnte dadurch notwendiger Beratungsbedarf aller Art abgedeckt werden, zudem könnten niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, für die trotz bereits vorhandener Infrastruktur von vielen Gesprächspartner_Innen weiterer Bedarf gesehen wurde.

Politische Bildungsarbeit und Empowerment

- Die Jugendbildungsarbeit muss laut den Interviewten intensiviert werden, damit Jugendliche empowert werden: Sie seien diejenigen, die den Bezirk in Zukunft gestalten werden.
- Dafür sei eine engere Verzahnung und umfassende Konzeption von Bildungsangeboten an Schulen und dem außerschulischen Bereich mit Freizeiteinrichtungen und Sportvereinen notwendig.
- Auf einer inhaltlichen Ebene wird eine Verstärkung politischer Bildungsarbeit gefordert, die konzeptionell in der Lage ist, wesentlich mehr Menschen als bisher zu erreichen.
- Speziell benachteiligte Kinder und Jugendliche benötigten mehr Empowerment und Ansätze von Bildungsarbeit, die ihre Lebensrealitäten aufgreifen würden.

6

Die Partnerschaften für Demokratie

In den Interviews wurden zudem die konkreten Erfahrungen mit der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie in den Fördergebieten Lichtenberg und Hohenschönhausen sowie der darin geförderten Projekte abgefragt und reflektiert. Es wurden Fragen nach Projektzufriedenheit, beobachtbaren Veränderungen durch die Projekte, Verbesserungsvorschlägen und neuen Projektideen gestellt. Von 39 Befragten haben 22 bereits Erfahrung in Projektbeantragung und Durchführung (davon fünf noch im Rahmen der Vorläuferprogramme wie der Lokalen Aktionspläne), 14 Personen waren oder sind im Begleitausschuss aktiv. Hier wurde gesondert die Einschätzung zur Qualität der geförderten Projekte abgefragt.

15

6.1 Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Allgemein äußerten alle Gesprächspartner_innen hohe Zufriedenheitswerte mit den Projekten.
- Die Beratung und Begleitung durch die Koordinierungsstelle wurde sehr positiv eingeschätzt. Die BgA-Mitglieder bewerteten auch die qualitative Entwicklung der Projekte positiv. Vielfach wurde die unkomplizierte und unbürokratische Verfahrensweise gelobt, da sie auch kleinen Vereinen, Initiativen oder Einzelpersonen einen Zugang ermögliche.
- Die Koordinierungsstelle habe sich als positiver organisatorischer Kristallisationspunkt entwickelt. Es erfolge eine vertrauensvollere Zusammenarbeit im Dreieck Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft.
- Große Zufriedenheit herrschte zudem in Bezug auf die Jugendjurs. Die Einbeziehung der Jugendlichen in die Planung, die Übernahme von Verantwortung und die Möglichkeit, eigene Ideen umsetzen zu können, schaffe einen hohen Identifikationsgrad mit den Projekten. Alle beantragten Projekte seien erfolgreich umgesetzt worden.
- Viele Befragte hoben die besondere Bedeutung von Projekten mit Kindern und Jugendlichen hervor. Insbesondere die Fachaustauschrunde der „JFEs gegen Diskriminierung“ und deren Weiterbestand wurde als wichtig für die Jugendarbeit im Bezirk eingestuft.
- Die kontinuierliche Arbeit in den Themenbereichen der Bundesprogramme im Bezirk, koordiniert vom Jugendamt und Licht-Blicke, zeitige Erfolge in der Auseinandersetzung mit extremer rechter, Diskriminierung und demokratiefeindlichen Phänomenen.
- Wichtig war für viele Gesprächspartner_innen, dass das Thema Inklusion bzw. inklusive Gesellschaft innerhalb der Pfd weiterhin eine zentrale Rolle spielt und Projekte etc. einen Dialog und Austausch darüber ermöglichen.
- Einige Personen aus Einrichtungen, besonders aus dem Bereich kommunaler Jugendarbeit, bedauerten die niedrigere Fördersumme im Rahmen der Aktionsfonds im Gegensatz

zu den vorherigen Bundesprogrammen. Darüber hinaus problematisierten sie, dass es für kommunale Einrichtungen keine adäquaten Fördertöpfe gäbe und sie bei den PFDs nicht antragsberechtigt seien.

- Viele Projekte würden Möglichkeiten zur Begegnung schaffen und damit zum Verständnis bzw. zur Verständigung verschiedener Gruppen beitragen, die sonst höchstwahrscheinlich wenig miteinander kommunizieren würden.
- Als besonders positiv gesehen wurde, dass viele Projekte längerfristig wirken: Ideen und Inhalte aus den Projekten würden hinterher aufgegriffen und weiterbearbeitet werden.
- Auf Grund der gewachsenen Tradition der Lokalen Aktionspläne und den daraus entwickelten PFDs wird die Chance gesehen, dass die PFDs nicht nur als Fördergeldgeber betrachtet werden, sondern die Möglichkeit eröffnet und genutzt wird, damit auch nachhaltige Projekte wie die „JFEs gegen Diskriminierung“, das Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz oder andere Akteure zu stärken.
- Als besonders gut und wirksam wurden Projekte eingestuft, bei denen mehrere Träger zusammengearbeitet haben; bspw. Schule, Träger der Jugendhilfe oder Gruppen mit verschiedenem Hintergrund.
- Ganz allgemein wurde den Projekten durch ihre pure Existenz eine verbesserte Vernetzung im soziokulturellen Aktivenspektrum im Bezirk attestiert
- Die Gestaltung eines gelebten Miteinanders mit allen, die in den Stadtteilen leben, ist für die meisten Gesprächspartner_innen, egal aus welchem Themenfeld, die zentrale und zugleich komplizierteste Baustelle. Und das auf mehreren Ebenen: Der gesellschaftliche Rechtsruck, der sich u. a. in Wahlergebnissen, politischen Debatten und verstärkten Ausgrenzungsmechanismen von Minderheiten zeige, sei auch täglich in den Einrichtungen spürbar. Dies wurde als die herausforderndste und gefährlichste Entwicklung bzw. Bedrohung für eine tolerante und offene Gesellschaft eingeordnet.
- Auf der Ebene des Engagements wurde themenfeldübergreifend problematisiert, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen überhaupt nicht durch die PFDs, Kiezfonds, Stadtteil- oder Jugendarbeit erreicht werden.

6.2 Handlungsempfehlungen

- Es besteht laut den Befragten weiterhin die Herausforderung, neue Initiativen und engagierte Menschen über den bestehenden Kreis hinaus für Projektanträge und Durchführungen zu gewinnen. Vertreter_innen aus migrantischen Organisationen würden momentan nicht in den Begleitausschüssen mitarbeiten und seien nur sehr selten als Antragssteller_innen vertreten. Somit partizipiere nur ein bestimmter Teil der Lichtenberger Bürger_innen an der Umsetzung der PFDs.
- Generell wurde von mehreren Interviewpartner_innen bemängelt, dass es viele Projektgelder, aber zu wenig Ressourcen für dauerhafte Strukturen gebe. Diese Perspektive wurde oft aus dem Jugendbereich benannt; es wurde aber auch die schwierige finanzielle Lage von Vereinen angeführt, die eine wichtige Rolle im soziokulturellen Leben spielen würden. Deutlich wurde hierbei, dass thematische Bundesprogramme, wie Demokratie leben!, dort an ihre Grenzen stoßen, wo Regelstrukturen nicht ausreichend finanziert sind und es so immer weniger (personelle) Kapazitäten gibt, um weiterführende Projekte mit Jugendlichen im Bereich der Demokratieförderung umzusetzen.
- Die Übersicht bzw. Sichtbarkeit der Projekte im Bezirk (Öffentlichkeitsarbeit) sollte laut den Befragten noch weiter verbessert werden. Insbesondere eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit z. B. für jüngere und junge Erwachsene wird als ausbaufähig benannt.
- Eine der interviewten Personen mit längerer Projekterfahrung bemängelte, dass Begegnungsangebote oft didaktisch und pädagogisch nicht gründlich entwickelt seien, wie zum Beispiel „interkulturelles Kochen“ oder Begegnungsabende, durch die kulturalistische Zuschreibungen eher reproduziert als aufgelöst würden. Darüber wäre im BGA aber viel diskutiert worden, woraufhin sich die Bewilligungspraxis positiv verändert hätte.
- Als konkrete Projektidee wurde mehrmals ein Ort/Raum benannt, der niedrigschwellig, intergenerativ und für diverse Gruppen nutzbar ist: Z. B. ein kleiner Klub, dessen Existenz gut kommuniziert wird und in dem Diversität gefördert wird. Eine interviewte Person nannte dies: „Die ganze Welt in einem Raum.“

- Weiterhin wurden in den Interviews folgende Ideen und Bedarfe geäußert: Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen, demokratische Bildungsarbeit an Schulen und Kitas verstärken, Geflüchteten eine Stimme geben und nicht nur in Konferenzen etc. über sie reden, Weiterqualifizierung für Fachkräfte zu Demokratieerziehung für Kinder und Jugendliche (Partizipation und Kinderrechte), eigenes Demokratieverständnis schärfen und öffentlich stark machen – und dies nicht nur gegen extreme Rechte und Rassismus, Partizipationsmöglichkeiten in den Projekten ausbauen, Demokratieworkshops für Geflüchtete, um Demokratie erlebbar zu machen.

6.3 Einschätzung der Projekte durch Begleitausschussmitglieder

Die Begleitausschuss-Mitglieder in beiden Fördergebieten schätzten die qualitative Entwicklung der Projekte allgemein positiv ein. Die Antragsteller_innen werden als sehr engagiert wahrgenommen. Gut sei, dass Anträge kritisch hinterfragt und bei mangelnder Eignung abgelehnt, bzw. mit Auflagen versehen werden könnten. Insgesamt kritischer wurden Einzelveranstaltungen eingeordnet, da längerfristige Projekte nachhaltiger wirkten, um ein Demokratieverständnis zu fördern. Die Verzahnung mit anderen bezirklichen Fördermöglichkeiten, wie den Kiezfonds, sollte nach Meinung der Befragten ausgebaut werden. Generell wurde von vielen Befragten der Wunsch nach nachhaltigeren Projekten und weniger „verpuffenden“ Events geäußert. In Bezug auf die Arbeit im BgA wurde mehr inhaltliche Diskussion gewünscht bzw. eine verstärkte Nutzung des Forums für zielorientierten Austausch und Verzahnungen.

6.4 Zufriedenheit mit den PFDs aus Sicht der Programmbeteiligten

Alle Befragten äußerten eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Programm „Demokratie leben!“ und seinen Vorläufern. Befragt wurden hier nur die Akteure, welche aktiv an dem Programm mitgewirkt hatten: Antragsstellende, BgA-Mitglieder oder Projektdurchführende.

Besonders hervorgehoben wurde die Kontinuität der Struktur, die für eine solche Arbeit als sehr wesentlich erachtet wird. Die Programme böten die Möglichkeit, zielgerichtete thematische Impulse in den Stadtteilen zu setzen sowie Projekte zu initiieren, die sonst nicht möglich wären – gerade auch im Kinder- und Jugendbereich. Auch hätten die Programme und ihre Projekte einen positiven Effekt auf zivilgesellschaftliches Engagement und das Zurückdrängen extrem rechter Strukturen, z.B. im Weitlingkiez, gehabt.

Kritisiert wurden die geringeren Mittel für den Aktionsfonds beim aktuellen Programm im Vergleich zu den Lokalen Aktionsplänen. So stelle sich die Frage, ob sich ein Antrag lohne. Zugleich wollen die Befragten aber auch nicht die fachliche Begleitung durch die Koordinierungsstelle missen.

Zudem wünschten sich einige Befragte einen Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zu den Themenfeldern der PFD. So gab es den Wunsch nach einer thematisch geordneten Datenbank mit Materialien und Ansprechpartner_innen sowie nach einer noch besseren Sichtbarkeit der Aktionsfondsprojekte und den damit einhergegangenen Erfahrungen.

Tab. III – Zufriedenheit der Befragten mit den Partnerschaften für Demokratie (1=sehr unzufrieden, 10= maximale Zufriedenheit)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k.A.
						3	4		4	1

7

Auswertung der Befragung nach Themenfeldern

7.1 Jugendarbeit und Sport

Befragt wurden 7 Personen, davon 6 Hauptamtliche aus insgesamt 5 Einrichtungen sowie eine Ehrenamtliche in Ausbildung, die in einer Jugendjury aktiv ist. Die räumliche Verteilung umfasste Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) in Friedrichsfelde, Karlshorst und Hohenschönhausen. Die Auswahl der Einrichtungen gibt nicht nur die starke räumliche Ausdifferenzierung des Bezirks wieder, sondern auch die Heterogenität der die Einrichtung aufsuchenden Jugendlichen und ihrer sozialen Realitäten. So befindet sich die Karlshorster Einrichtung in einem eher gut situierten Umfeld, die Hohenschönhausener Einrichtungen hingegen vornehmlich in marginalisierten und prekären Milieus. Eine Einrichtung wird hauptsächlich von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus genutzt, was spezifische Alltagsproblematiken zur Folge hat.

Im Bereich Sport stand uns leider nur eine Interviewperson zur Verfügung; ihr Verein ist vielfach in Jugendarbeit und Schulpartnerschaften eingebunden, so dass sich hier sehr viele Schnittpunkte mit den Ergebnissen der Befragung im Bereich Jugend ergaben. Das legt eine Zusammenlegung der analytischen Auswertung nahe.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- In fast allen geführten Interviews wurde Jugend- und Bildungsarbeit mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen als sehr zentraler Punkt für die Gestaltung einer demokratischen, toleranten und diversen Gesellschaft gesehen.
- Viele Haupt- und Ehrenamtliche in diesem Bereich hätten das Ziel, einen solidarischen und ressentimentfreien Alltag zu gestalten bzw. vorzuleben.
- Als zentrale Herausforderung wurde von den Interviewten vielfach der Umgang mit gesellschaftlichen Diskriminierungen auf Grund von sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung benannt.
- Die Interviews gerieten teilweise auch zu einer Reflexion der geleisteten Arbeit, den pädagogischen Ansprüchen und Konzepten der Einrichtungen und wie sich dies im gelebten Alltag widerspiegelt bzw. wie sich unter den jungen Menschen ein Bewusstsein für Diskriminierung und Akzeptanz thematisieren lässt. Um diese Reflexion regelmäßig im Arbeitsalltag zu leisten, fehlt es jedoch meist an Kapazitäten.
- Im Alltag der Einrichtungen würde sich das Ankommen von Geflüchteten in erheblichem Maße widerspiegeln. Mit Ausnahme der aufsuchenden Straßensozialarbeit nähme die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus den Unterkünften in der Nähe der Einrichtungen einen großen Raum ein.
- Ein generelles Problem stelle im Umgang mit Jungen und jungen Männern, egal welcher Herkunft, die Vermittlung von Gleichberechtigung von Frauen und die Thematisierung sexistischer Alltagsstrukturen dar. Die Reproduktion von familiären, konservativ religiösen und gesellschaftlichen Strukturen sei an dieser Stelle offensichtlich.
- Nicht immer gelinge es sofort, neue und alte Nutzer_innen-Gruppen der JFEs „unter einen Hut zu bringen“: „... in die Einrichtung x gehen nur noch die Kinder von denen aus dem Heim.“
- Auf struktureller Ebene wurden mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen angesprochen. Es wird als Widerspruch empfunden, immer wieder für temporäre Projekte eine arbeitsintensive Finanzakquise betreiben zu müssen und gleichzeitig einen Mangel an kontinuierlich abrufbaren Mitteln für die Alltagsarbeit zu haben. Dies würde für die Einrichtungen ein großes Problem darstellen, da die ohnehin knappen Personalressourcen auch darauf verwendet werden müssten, sehr viel Arbeitszeit mit Anträgen und

externer Ressourcenbeschaffung zu verbringen. In einem Fall wurden auch strukturelle Hindernisse zur integrativen Arbeit mit Jugendlichen aus der JFE beschrieben. So würde z. B. der Aufenthaltsstatus von Jugendlichen es verunmöglichen, ihnen einen Honorarvertrag auszustellen.

- Positiv wurde bemerkt, dass selbstverwaltete engagierte Jugendstrukturen in Hohen Schönhausen und Lichtenberg existieren. Zugleich wurde einschränkend festgestellt, dass diese vor allem bereits politisch aktive Jugendliche aus einer eher linken Subkultur ansprechen und andere Jugendliche dadurch mitunter kaum erreicht werden.
- Die Arbeit der beiden Jugendjurs wird als erfolgreich bewertet. Es wird allerdings auch selbstkritisch bemerkt: „Wir schmoren im eigenen Saft“ – es seien immer dieselben, die sich engagieren. Die Frage, wie neue Jugendliche für partizipative Strukturen gewonnen werden können, zieht sich durch den Alltag vieler Jugendarbeiter_innen.

Handlungsempfehlungen

- Generell wurde eine bessere Vernetzung von Jugendarbeit und Schule angeregt, da beide als zentraler Ort für die Einübung demokratischer Handlungsweisen gesehen werden. Insbesondere die befragte Person aus dem Bereich Sport betonte die Wichtigkeit der direkten Kontakte zu engagierten Lehrer_innen und Schulleiter_innen für die Projektzusammenarbeit.
- Kontinuierliche Projekte zu Demokratie, Teilhabe und Partizipation in Schule, aber auch zu gegenwärtigen Dimensionen von Diskriminierung um die „Kinder und Jugendlichen abzuholen“ wurden angeregt. Konkret benannt wurde ein Ausbau des Jugenddemokratiefonds mit einer kleinteiligeren dezentraleren Ausrichtung, der sich auch auf den Bereich Schule ausdehnt. Oder eine Öffnung der Kiezfonds bzw. der Bürgerjury auch für Kinder und Jugendliche. Durch ein altersübergreifendes Beteiligungskonzept würde eine intergenerative Kommunikation befördert werden.
- In diesem Zusammenhang könnten sich mehrere Interviewte ein Projekt „Empowerment und Begleitung“ von Jugendlichen und Kindern in Beteiligungsstrukturen wie der Bürgerjury vorstellen: sie konkret in Antragssituationen und Auftreten gegenüber Erwachsenen, die Entscheidungsträger sind, zu unterstützen und zu begleiten. Damit könnten Kinder und Jugendliche noch mehr Partizipationserfahrungen in demokratischen Stadtteilstrukturen sammeln. Auf der anderen Seite würden Kinder- und Jugendinteressen auch gesellschaftlich sichtbarer und durchsetzungsfähiger gemacht.
- Eine wichtige Rolle spielen, laut den Befragten, geschlechtsspezifische Angebote, insbesondere Empowerment von Mädchen/jungen Frauen gegenüber patriarchalen bzw. offen sexistischen Strukturen.

7.2 Arbeit mit Geflüchteten

In diesem Bereich standen vier Interviewpartner_innen zur Verfügung, die ehrenamtlich in einer Willkommensinitiative arbeiten, hauptamtlich in einem Stadtteilzentrum beschäftigt sind sowie ein Flüchtlingsheim leiten bzw. ehrenamtliche Arbeit um das Heim koordinieren. Manche sind nur zum Arbeiten im Bezirk, andere haben in Lichtenberg ihren Lebensmittelpunkt und sind hier aufgewachsen. Räumlich verorten sich die Gesprächspartner_innen und ihre Institutionen im nördlichsten Teil des Bezirks sowie in Lichtenberg-Mitte. Jenseits des Interviewleitfadens spielte die Frage nach dem Umgang und dem Zusammenleben mit den Geflüchteten in fast allen der Gespräche eine Rolle.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Alle Interviewten berichteten, dass aktuell offene Anti-Geflüchteten-Proteste (Aufmärsche, Kundgebungen) im Bezirk nicht mehr sichtbar seien. Allerdings käme es auf Bürgerversammlungen anlässlich geplanter Geflüchtetenunterkünfte stets zu abwertenden und rassistischen Äußerungen sowie manchmal auch zu aggressiven Auftritten.
- Das erschreckend hohe rechtspopulistische Wahlergebnis bei der Wahl zum Berliner Senat und der BVV im September 2016 interpretierten viele Interviewpartner_innen als

einen deutlichen Ausdruck vorhandener Ressentiments und rassistischer Einstellungen in Lichtenberg.

- In allen Gesprächen war eine beachtliche Quantität an positiven Beispielen des Engagements und der Integration von Geflüchteten im Bezirk präsent: Initiativen, Sportvereine, Jugendeinrichtungen, die zum festen Alltagsbestandteil vor allem für Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Unterkünften geworden seien. Das komplette Potenzial der von allen Beteiligten positiv geschilderten Netzwerkstrukturen in Lichtenberg spiegelte sich hier wider.
- Für die Interviewpartner_innen in der direkten unterstützenden Arbeit mit Geflüchteten ergeben sich neben der vorhandenen Ressentimentsstruktur vor allem Herausforderungen in der Alltagsorganisation bzw. im Umgang mit der Lebenssituation der Geflüchteten.
- Immer wieder wurde die Wohnheimunterbringung problematisiert, da sie ein Integrationshindernis sei, für Stigmatisierung der Bewohner_innen Sorge und sie im Alltag isoliere. Die in Berlin herrschende Knappheit an günstigen Wohnungen berge dabei die Gefahr rassistisch aufgeladener Neiddebatten („Wohnraum zuerst für Deutsche“), bei der Geflüchtete als Konkurrenz empfunden würden. Von den Interviewten wurde festgestellt, dass häufig eine Ethnisierung von sozialen Problemlagen stattfindet.
- Für die Aktiven in diesem Bereich stellt sich auch das Problem, dass nach einigen Jahren meist sehr guter „Willkommenskultur“ Engagement und Hilfsbereitschaft nachlassen, was sich am deutlichsten an der sinkenden Zahl von ehrenamtlich Aktiven zeigen würde.
- Oft wurde die Sorge geäußert, dass die bereitgestellten gesellschaftlichen (ökonomischen und sozialen) Ressourcen nicht ausreichend sind, um den Prozess der Integration wirklich angemessen zu gestalten.

Handlungsempfehlungen

- Häufig wurden Möglichkeiten zur Begegnung als wichtiges Mittel für ein respektvolles Zusammenleben, gegen Vereinzelung und Isolation benannt. Hervorgehoben wurde die Nachhaltigkeit der Begegnungsstrukturen, die Einbeziehung aller Beteiligten von Beginn an, um entlang ihrer Bedarfe und Themen zu arbeiten.
- Mit Blick auf die Geflüchteten selbst ist der Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe als ein wesentliches Ziel der Beratungs- und Unterstützungsangebote betont worden. Dazu bräuhete es Zeit, Dolmetscher_innen und die Offenheit der Bürger_innen, aber auch von Politik, Verwaltung und Stadtteilarbeit. Vor allem von der Verwaltung wünschten sich die Befragten mehr Offenheit und Flexibilität, um neue Formate und Methoden auszuprobieren und umzusetzen.
- Einige Interviewte forderten, dass Geflüchtete eine eigene (politische) Stimme bekommen sollten. Jenseits der bundespolitischen Situation wurde für die lokale Arbeit die Einrichtung bzw. der Ausbau von Wohnheimräten gefordert, die zum Teil schon in Gemeinschaftsunterkünften vorhanden sind. So könnten Integration und Partizipation im Stadtteil gefördert werden.
- Allgemein bemängelten die Engagierten in den Interviews, dass es längst an der Zeit sei, die gesellschaftliche und politische Diskussion zu und über Geflüchtete vom „Krisen- und Notstandsmodus“ wegzubringen und Fragen des gleichberechtigten Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft in den Mittelpunkt zu rücken.
- Trotz der vielfach positiv eingeschätzten Vernetzungssituation in den Stadtteilen gebe es in diesem Arbeitsbereich noch mehr Möglichkeiten, Initiativen, lokale Communities und bereits organisierte Initiativen aller Art zusammenzubringen sowie von Initiativen aus anderen Bezirken zu lernen.

7.3 Migrantenorganisationen und Beratungsangebote

In diesem Bereich wurden Personen interviewt, die haupt- oder ehrenamtlich in Initiativen oder Beratungsstellen mit Menschen zu tun haben, die im Laufe der letzten 60 Jahre aus unterschiedlichsten Gründen nach Berlin gekommen sind oder die selbst bzw. deren Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben. Darunter finden sich eine Migrantenselbstorganisation mit breit gefächertem sozialen und kulturellen Angebot sowie Alltagshilfen aller Art, ein Bera-

tungs- und Veranstaltungszentrum einer interkulturellen Stadtteil-Initiative, eine Person aus der Familien- und Gesundheitsberatung sowie ein_e Mitarbeiter_in eines Stadtteilzentrums in einem Teil von Lichtenberg mit relativ hoher migrantischer Wohnbevölkerung. In der räumlichen Verteilung verorten sich die Befragten in Lichtenberg Mitte und Hohenschönhausen, der Einzugsbereich einiger Initiativen ist allerdings stadtteilübergreifend, viele ihrer aktiven Besucher_innen oder Beratungssuchenden kommen auch aus anderen Bezirken.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Im Bezirk seien die Strukturen migrantischer Selbstorganisation im Vergleich zu anderen Bezirken relativ gering ausgeprägt. Die neue Konstituierung und Zusammensetzung des Integrationsbeirates ist für viele der Interviewten ein wichtiger Schritt zur Interessenvertretung auf bezirklicher Ebene.
- Die Selbstorganisation von Geflüchteten stünde noch sehr am Anfang. Einige Interviewte berichteten, dass ihre Klient_innen Beratungs- und Engagementangebote vorwiegend in anderen Bezirken besuchten, in denen die Strukturen durch mehr Diversität geprägt seien.
- Eine Person berichtete von einer geschätzten fünfstelligen Zahl von Vietnames_innen ohne festen Aufenthaltsstatus, die aus den Statistiken herausfallen und in äußerst prekären Verhältnissen leben würden.
- Entgegen dem positiven Klischee, dass Vietnames_innen grundsätzlich gut integriert seien, was für die alte Vertragsarbeiter_innengeneration der 1980er Jahre und die in Westdeutschland angekommenen „boatpeople“ laut den Befragten zutrifft, gäbe es aber auch neuere Lebenslagen, die mit schlechten deutschen Sprachkenntnissen einhergingen und sich in einer prekären „vietnamesischen Parallelwelt“ abspielen würden.
- Verschiedenste Interviewpartner_innen schilderten aus eigener Erfahrung Alltagssituationen der Diskriminierung und berichteten von gefestigten Ressentimentstrukturen im Bezirk im beruflichen und privaten Alltag. Auffällig, aber auch nicht überraschend, ist hier, dass von Diskriminierung Betroffene, beispielsweise aus einer jüdischen oder migrantischen Perspektive, ihre Situation mitunter wesentlich negativer beurteilen, als Befragte, die mit der Gruppe wenig zu tun haben, bzw. sie in Lichtenberg als nicht sichtbar beschreiben. Einzig an dem Punkt, dass eine offene extrem rechte Szene an Bedeutung und Bedrohungspotential in den letzten Jahren verloren hat, waren sich alle einig.
- Von einigen Befragten wurde auf die seit ungefähr 10 Jahren existierende Problematik alleinerziehender vietnamesischer Mütter mit Kindern hingewiesen. Diese befänden sich überwiegend im ALG II-Bezug und seien zumeist schlecht integriert. Sie hätten zwar einen legalen Aufenthaltsstatus, lebten aber in äußerst prekären Verhältnissen. Durch Hilfsangebote seien diese Mütter nur schwer erreichbar, sie hätten ein Sprachproblem und ihre Kinder würden oft erst in der ersten Klasse wirklich Deutsch lernen.
- Die Interviewpartner_innen berichteten zudem, dass das hohe Wahlergebnis der AfD nicht nur Menschen mit Geflüchteten- oder Asylbewerberstatus verunsichern würde, sondern auch Migrant_innen, die schon lange hier leben.

Handlungsempfehlungen

- Die Befragten halten Vereine oder Initiativen der migrantischen Selbstorganisation für eine wesentliche Voraussetzung von Empowerment und Partizipation auf Augenhöhe und sind der Meinung, dass diese als selbstverständlicher Teil der Stadtteil(infra)struktur daher mehr gefördert werden sollten.
- Eine Übersicht über Vereine sowie über (mehrsprachige) Beratungs- und Hilfsangebote für den Bezirk wird von den Befragten gewünscht.
- Einige Interviewte verwiesen auf die Notwendigkeit besserer finanzieller und personeller Ressourcen sowie Räumlichkeiten, um dem gestiegenen Bedarf nachkommen zu können.
- Eine Person schlug die Einrichtung einer mobilen professionellen Konfliktmoderation mit Diversitykompetenz vor, die in Nachbarschaften, Einrichtungen, an Schulen etc. im Bedarfsfall vermitteln kann.
- Beratungseinrichtungen und -angebote scheinen in Teilen der vietnamesischen Community wenig bis gar nicht bekannt zu sein. Hier sollte laut den Befragten überlegt werden, wie Informationen an die Hilfesuchenden vermittelt werden können.
- Immer wieder erwähnt wurde auch das Thema politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Neue Methoden für die Mehrheitsgesellschaft aber auch die migrantische Community zur Vermittlung von demokratischer Kultur, Menschenrechtspädagogik etc.

sollten dringend im Bezirk entwickelt bzw. implementiert werden.

- Des Weiteren wurde von den Befragten die Wichtigkeit kontinuierlicher Begegnungsmöglichkeiten jenseits von Festen hervorgehoben sowie die Notwendigkeit einer diversitätsorientierten Öffnung von Stadtteilarbeit, Vereinen, Einrichtungen und Organisationen bis hin zur Verwaltung.

7.4 Jüdische Perspektiven

Hier standen vier Gesprächspartner_innen zur Verfügung, die in unterschiedlicher Weise politisch und kulturell im Bezirk bzw. der ganzen Stadt engagiert und vernetzt sind. Ein Teil der Befragten ist an Schulprojekten beteiligt, eine Person hat ein Projekt im Rahmen der Pfd beantragt.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Laut den Befragten gibt es durchaus jüdisches Leben bzw. jüdische Familien in Lichtenberg. Ein Gesprächspartner sprach von 12 ihm bekannten Familien. Diese seien jedoch kaum sichtbar in der bezirklichen Öffentlichkeit und verfügten auch über keine eigenen Treffpunkte oder Einrichtungen in Lichtenberg.
- Wie auch in anderen Bezirken Berlins würden jüdische Menschen versuchen, im Sinne des Selbstschutzes wenig aufzufallen. Für Lichtenberg käme hinzu, dass sich das schlechte Image als „Nazi-Bezirk“ immer noch halte.
- Die Interviewpartner_innen problematisierten stets den teilweise sehr offenen Antisemitismus in der russischen bzw. russlanddeutschen Community.
- Viele in Lichtenberg lebende jüdische Menschen würden, so die Interviewten, für kulturelle, religiöse oder Freizeitangebote den Bezirk verlassen und sich in anderen Teilen Berlins engagieren.

Handlungsempfehlungen

- Alle Gesprächspartner_innen wünschen sich, dass jüdisches Leben in Geschichte und Gegenwart sichtbar wird – und nicht nur in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus thematisiert wird. So wurde beispielsweise ein Rundweg zu jüdischem Leben/ Spuren im Bezirk angeregt.
- Ebenfalls wünschen sich alle einen Ort für die jüdische Community, an dem sie sich treffen kann, aber nicht separiert ist (Stadtteilzentrum, Projektheus).
- Von einer Person wurde konkret die Einrichtung einer kleinen Synagoge angeregt: „Es braucht eine kleine Synagoge, damit die Juden, die schon da sind, sich treffen können. (...) Sie werden kommen, nur um sich 10 Minuten lang zu Hause zu fühlen. Weil sie wissen, das ist unser Haus, hier können sie hingehen. Für Orthodoxe bräuchte es noch dringender, weil sie eigentlich nicht fahren dürfen.“
- Vermisst wird generell ein „interkultureller Begegnungsort“. Vorgeschlagen wurde eine „Weihnukka“ als interkulturelle Veranstaltung mit Begegnungsmöglichkeit oder Aktionen und Veranstaltungen unter dem Motto „Mensch und Religion“, durch die jüdisches Leben sichtbar gemacht werden könnten.
- Kiezfeste wurden eher kontrovers bewertet. Sie seien zwar wichtig für Begegnungen und um sich kennenzulernen, aber zu unverbindlich. Um wirklich etwas zu bewirken, benötigten Menschen Gelegenheiten für verbindlicheren und dauerhafteren Austausch.

7.5 Frauen / LGBTIQ *

Die drei Interviewpartner_innen rechnen sich entweder selbst der LGBTIQ*-Community zu oder sie haben durch ihre Arbeit nahen Kontakt bzw. sind mit den Lebensrealitäten dieser Community in Lichtenberg sehr vertraut.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Die Befragten gaben an, dass hier lebende LGBTIQ*-Personen sich vornehmlich in anderen Bezirken bewegen würden, um die dort vorhandenen Treffpunkte und Beratungsangebote zu nutzen.
- Die Interviewten berichteten des Weiteren von einem zurückhaltenden Auftreten in der Öffentlichkeit, weil es Unsicherheiten bis hin zu offenen Ängsten in Bezug auf ein offenes Auftreten im Bezirk gäbe. Eine Person verglich die Situation mit den Lebensrealitäten in der „Provinz“.
- Die Befragten bemängelten, dass es keinen Treffpunkt oder eine Beratungsinfrastruktur gebe. Dies führe zu einer geringen Sichtbarkeit von LGBTIQ*- Personen und dem Fehlen des Gefühls einer sich empowernden Community im Bezirk. Der monatlich angebotene Treffpunkt „Queer Maggie“ im Café Maggie sei wenig bekannt und nur auf eine jugendliche Zielgruppe ausgerichtet.
- Allgemein nahmen die Gesprächspartner_innen eine sich verschlechternde gesellschaftliche Situation wahr. Anti-emanzipatorische, konservative und rechtspopulistische Stimmungsmache hätte auch unmittelbare Effekte auf ihren Alltag. Mit Blick auf den Bezirk berichteten die Interviewten immer wieder von der Schwierigkeit hier Netzwerke aufzubauen, Treffpunkte zu etablieren oder auch nur Veranstaltungsreihen zum Thema zu machen. Oft schlugen ihnen Vorurteile entgegen und ihre Anliegen würden als weniger wichtig angesehen.
- Einige Interviewte warfen auch die Frage auf, welche Folgen es aktuell noch hat, dass die Existenz von LGBTIQ* in der DDR ein Tabu war. Vorurteilsstrukturen und eine Nicht-Sichtbarkeit hätten sich dadurch über Jahre verfestigt.
- Viele meinten, dass offizielle Stellen, Verwaltung und Politik in Lichtenberg in Bezug auf das Themenfeld schwer ansprechbar seien.
- Vor allem von Interviewten aus dem Jugendbereich, aber auch aus der Perspektive von Frauenarbeit, wurde eine Entpolitisierung bei Mädchen und jungen Frauen benannt. Bei ihnen gäbe es kein Bewusstsein mehr von der Bedeutung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit.
- Streetworker_innen und Jugendarbeiter_innen berichteten von einer Zunahme früher Schwangerschaften und einer starken Reproduktion traditioneller Rollenbilder. Junge Frauen würden seltener eine eigene Ausbildung oder unabhängige Existenz anstreben. Dies wurde aber auch als gesamtgesellschaftlicher Trend beschrieben.

Handlungsempfehlungen

- Die Befragten wünschen sich eine größere Sichtbarkeit der LGBTIQ*-Community und einen Raum für deren Treffen und Veranstaltungen. Ein_e Ansprechpartner_in oder Beauftragte_r für LGBTIQ*– möglichst nicht parteigebunden – wurde ebenfalls als Wunsch genannt.
- Durch aktuelle politische, auch anti-feministische, Debatten würde das Idealbild der (heterosexuellen) Familie gesellschaftlich wieder wirksamer. Einige Interviewte fänden es wichtig, dass Lichtenberg als „Familienfreundlicher Bezirk“ die Chance nutzt, die existierenden, vielfältigen Familienmuster aktiv zu thematisieren und z.B. auch sogenannte Regenbogenfamilien mit den Angeboten direkt anzusprechen.
- Die Auseinandersetzung mit Homo- und Transphobie sollte nach Ansicht der Interviewpartner_innen ein fester Bestandteil politischer Bildung im Bezirk sein.
- Speziell aus der Perspektive der Arbeit mit Geflüchteten – und dort insbesondere aus Frauenperspektive – wurde die Notwendigkeit spezifischer Angebote betont. So wären für Frauen z.B. berufsbezogene Sprachkurse nötig, um deren Chancen auf Eigenständigkeit zu erhöhen.
- Im Falle des Projektes bzw. des Films „Transanders in der Platte“ hätte sich gezeigt, dass der Film als Medium eine sehr gute Grundlage für Diskussionseinstiege und zur Akzeptanzschaffung bietet, und dies sowohl bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen.
- Ein anderes Beispiel wurde aus dem Kinderbereich genannt, wo eine Theateraufführung (Prinzessin Tim) als gefördertes Projekt in vier Kitas gezeigt wurde. Dieses sei sehr sinnvoll gewesen, weil sich Vorurteile im frühen Alter deutlich besser abbauen ließen und weil dadurch die Neugier auf und der selbstverständliche Umgang mit nicht-heteronormativen Lebensweisen erfahren und vermittelt werden könnte.

7.6 Stadtteilzentren / Stadtteilarbeit

Die sieben Interviewpartner_innen aus diesem Bereich sind ausschließlich Hauptamtliche mit sehr viel Einblick in die politische Verwaltungsebene des Bezirks. Sechs von ihnen waren oder sind im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie aktiv. Nur zwei Interviewpartner_innen haben selber bisher keine Projekte durchgeführt, waren aber schon an der Konzeption bzw. in begleitender Rolle aktiv. Es liegt in der Natur der Stadtteilarbeit, dass sehr viele der bereits behandelten Themenfelder zur Sprache kamen – so z.B. die Themen „Geflüchtete“, „Frauen“ oder „Migrant_innen“. Im Folgenden sollen nur noch spezifische bzw. bislang unerwähnte Aspekte wiedergegeben werden.

Situationsbeschreibung und Problemfelder

- Die Stadtteilzentren werden als Engagementnetzwerke beschrieben, in denen sich die gesellschaftlichen Problemlagen und Herausforderung aus dem umliegenden Sozialraum unmittelbar abbilden. Sie stünden vor der Herausforderung, auf diese reagieren zu wollen, aber bestimmte Zielgruppen nur schwer zu erreichen.
- Eine interviewte Person aus Hohenschönhausen beklagt: „Es ist schwer, die Leute rauszukriegen, sie wirklich engagiert zu kriegen und zu halten.“ Die schon in anderen Interviews benannte Schlafstadtteil-Problematik macht sich auch hier bemerkbar. Die Menschen würden ihr Wohnumfeld kaum kennen, wüssten generell nicht über Angebote Bescheid und würden auch diejenigen des Stadtteilzentrums eher selten nutzen. „Eigentlich müsste man 25 Studenten haben, die überall hingehen, klingeln und aktivieren. Die Leute kommen nicht aus ihren Wohnungen raus, also müsste man zu Ihnen hingehen“, so eine_r der Interviewten.
- Ein Desinteresse an lokalen Aushandlungsprozessen sowie schlechte soziale Lebensbedingungen (mehrere Jobs, viele Kinder, alleinerziehend, Rückzug ins Private) seien in der alltäglichen Arbeit immer wieder spürbar.
- Einige Interviewte berichteten von Ermüdungserscheinungen beim Bürgerhaushalt. So wurden auch Stimmen laut, diesen ganz abzuschaffen, weil die Beteiligung so anstrengend sei. Auf der anderen Seite wird diese Form der Mitbestimmung als Stärke wahrgenommen. Der lange Atem würde sich lohnen.
- In allen Gesprächen wurde betont, wie wichtig feste, starke und kontinuierliche Strukturen für den Bereich der Demokratieförderung, der Inklusion und der Anti-Diskriminierungsarbeit sowie der Rechtsextremismusprävention seien.
- Vor allem in Bezug auf das Fördergebiet Lichtenberg wurde sehr viel Sorge geäußert, dass durchaus positive Veränderungen und die Diversifizierung der Lebenswelten in Lichtenberg zugleich zu Gentrifizierungsprozessen und Verdrängungseffekten führen könnten. Ebenso wurde die Sorge geäußert, dass die soziale Infrastruktur nicht mit der steigenden Bevölkerungszahl und den Bedürfnissen mithält.

Handlungsempfehlungen

- Der Bürgerhaushalt würde mehr von der Rummelsburger Bucht/Karlshorst genutzt als vom Norden Lichtenbergs. Es müsste über neue Beteiligungsmethoden/Formate nachgedacht werden, die auf die soziale Schicht bzw. das spezifische (engagement- und bildungsferne) Klientel in den Stadtteilen zugeschnitten sind. „Es müsste generell mehr Engagement geben, unser Ziel als Zentrum ist es auch mehr Leute zu aktivieren.“
- Selbstorganisation und Eigeninitiative bräuchten mehr Freiräume und sollten seitens der Verwaltung nicht so sehr in Rahmen gepresst und damit kaputt gemacht werden, fordert eine befragte Person.
- Gewünscht wird ein Projekt oder eine Fortbildung, in der eine fachliche Auseinandersetzung darüber stattfindet, warum bezüglich der Aktivierung von Bürger_innen und der Einbindung neuer Zielgruppen keine Fortschritte ersichtlich sind.

IMPRESSUM

Die Interviews führten Irene Beyer und Karsten Holler

Auswertung und Text: Karsten Holler

Redaktionelle Bearbeitung: Annika Eckel, Claudia Pilarski

Lektorat: Helen Keller

Coverillustration: Tine Fetz

Layout: Lisa Klinkenberg

November 2017

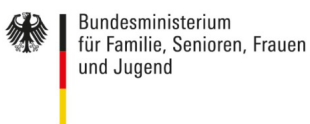
Vi.S.d.P.: Andreas Wächter, pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert von



Gefördert vom



Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

